

Ausbildungsplatzabgabe gescheitert!**Von Henrik Peitsch, KV Osnabrück-Stadt**

Nun hat es die Wirtschaft doch wieder geschafft der ohnehin arg gebeutelten SPD durch einen faulen Kompromiss die seit Jahrzehnten überfällige Reform der Finanzierung der beruflichen Bildung aus dem politischen Programm zu kicken und ihr damit eine weitere Niederlage zu bereiten. Es ist unbestritten, auch in Gewerkschaftskreisen wurde die Umlagefinanzierung nicht als Allheilmittel gesehen. Aber als Druckmittel hätte sie nicht verschleudert werden dürfen. Zumal die SPD mit einer gesetzlichen Regelung bereits einmal Schiffbruch erlitten hat.

Bis Anfang der achtziger Jahre bot das Ausbildungsplatzförderungsgesetz bereits die Möglichkeit, Betriebe bei fehlenden Ausbildungsplätzen zur Kasse zu bitten. Es wurde allerdings nie angewandt – auch nicht während der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition – trotz negativer Ausbildungsbilanzen. Im Jahre 1982 kassierte das Bundesverfassungsgericht dieses Gesetz aus formalen Gründen – die Bundesländer hätten bei der Verabschiedung des Gesetzes zustimmen müssen. Seitdem sind über zwanzig Jahre nicht für eine Neuauflage genutzt worden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil Anfang der achtziger Jahre ausdrücklich auf die Zuständigkeit und Verantwortung der Wirtschaft für die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Ausbildungsplätzen hingewiesen. Seit 1993 erleben wir jedes Jahr trotz steigender Bewerberzahlen den Absturz bei den Ausbildungsplätzen. Die Kammern hindert das allerdings nicht daran, Minimalsteigerungen aus dem Jammertal als Erfolgsmeldungen zu verkaufen. Wir liegen heute immer noch weit unter dem Niveau von 1993.

Der Umgang mit einem erheblichen Teil der Schulabgänger ist ein skandalöses Beispiel für die arrogante Haltung der Nachkriegsgenerationen gegenüber den jungen Menschen. Die im Wohlstand der Nachkriegszeit aufgewachsenen und nun in komfortablen Verhältnissen Lebenden verwehren den nachwachsenden Generationen die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand – hinterlassen ihnen aber eine desolate Umwelt und verbraucht Ressourcen. Arrogant wirken hier auch die Diffamierungen dieser Jugendlichen als ausbildungsunfähig und ausbildungsunwillig.